

Miele-Staubsauger jetzt auch ohne Kabel

IFA in Berlin: Haushaltsgeräte-Hersteller präsentiert seine Neuheiten vorab der Presse

■ **Gütersloh** (jahu). Früher hieß es Internationale Funkausstellung, heute nur noch IFA. Die älteste Technikmesse Deutschlands öffnet am Freitag in Berlin ihre Türen. Mit dabei der Gütersloher Haushaltsgerätehersteller Miele, der bereits gestern die Neuheiten der Presse vorstellte.

So enthüllte das Unternehmen seinen ersten akkubetriebenen Handstaubsauger. Die Flexibilität des Triflex mit seinem zum Patent angemeldeten 3-in-1-Konzept demonstrierte der Geschäftsführende Gesellschafter Markus Miele anschaulich auf der Bühne.

„Kabellose Staubsauger zeichnen sich durch einfaches, leichtes und komfortables Saugen aus und sind heute auch hinsichtlich guter Saugleistung klassischen Bodenstaubsaugern ebenbürtig“, so Miele. Das erste Miele-Gerät in diesem Segment stelle die Vielseitigkeit an oberste Stelle. „Wir sind überzeugt, dass wir mit dem Triflex den flexibelsten Akku-Handstaubsauger

haben, den es aktuell auf dem Markt gibt. Ein echtes Miele-Produkt, entwickelt und gefertigt in unserem Werk in Bielefeld“, sagte Markus Miele und demonstrierte, wie sich das Gerät mit wenigen Handgriffen umbauen lässt, um allen Erfordernissen im Haushalt gerecht zu werden. Weitere Besonderheiten: Der Akku kann in der Wandhalterung oder auch extern geladen werden. Mit einem Wechselakku verdoppelt sich die Laufzeit.

Zu weiteren Highlights, vorgestellt von Reinhard Zinkann, Geschäftsführender Gesellschafter, zählen Waschmaschinen und Trockner, die schneller und umweltfreundlicher arbeiten, intelligent miteinander vernetzt sind und zudem ein Wäschnachlegen bis kurz vor Programmende ermöglichen.

Einen Ausblick auf die im Herbst startende Kampagne zur Einbaugeräte-Generation 7000 gab Axel Kniehl, Miele-Geschäftsführer Marketing und Vertrieb.



Auf der IFA: Markus Miele, Axel Kniehl und Reinhard Zinkann (v. l.) mit dem ersten Akku-Staubsauger von Miele. FOTO: MIELE

Mehr Sicherheit für Radler dank Dunkelzelt

Innovativ: Die Provinzial übergibt das 6.000 Euro teure Modell an die Verkehrswacht im Kreis

■ **Gütersloh** (max). Die dunkle Jahreszeit rückt näher und mit ihr die Frage: Wie bin ich als Fahrradfahrer im Straßenverkehr gut zu sehen? Ein Thema, das in jedem Herbst aufs Neue auf die Agenda gehört. Denn rund 40 Prozent der Radfahrer sind bei Dunkelheit im Straßenverkehr mit mangelhafter oder gänzlich ohne Beleuchtung unterwegs. Die Verkehrswacht im Kreis Gütersloh möchte für das Thema sensibilisieren und hat nun von der Westfälischen Provinzial Versicherung um Ralf Tornau (Schadenverhütungsreferent für Westfalen) ein Dunkelzelt erhalten.

Die Anschaffung des 18 Quadratmeter großen Zeltes hat sich die Provinzial 6.000 Euro kosten lassen. Schwarze Wände im Inneren erzeugen selbst bei Tageslicht einen nahezu komplett dunklen Raum. Darin kann die Funktionsweise von reflektierenden Westen und Leuchtkragen demon-

striert werden. Ein weiterer, wichtiger Aspekt ist die korrekte Einstellung der Scheinwerfer. Viele Radfahrer sind nur mit falsch eingestellter Beleuchtung unterwegs, wodurch der Gegenverkehr geblendet und in gefährliche Situationen gebracht werden kann. „Eine Situation, die mit einer Autofahrt mit eingeschaltetem Fernlicht vergleichbar ist“, sagt Samira Akdil, Leiterin der Verkehrswacht-Geschäftsstelle.

Bei der Aktion „Funkeln im Dunkeln“, die von der heimischen Verkehrswacht an Schulen und Sparkassen angeboten wird, soll das Dunkelzelt bald zum Einsatz kommen. Zusätzlich können es alle 65 Verkehrswachten in NRW kostenlos ausleihen. Da ein Dunkelzelt landesweit Seltenheitswert hat, könnte es für die übrigen Verkehrswachten interessant sein. In der Zwischenzeit wird es auf dem Flughafengelände zwischengelagert.



Im Inneren des Dunkelzelts: Ralf Tornau von der Provinzial mit Samira Akdil von der Verkehrswacht. FOTO: ANDREAS FRÜCHT



Exot: Weil die Haltung giftiger Schlangen anders als in anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen nicht geregelt ist, verkauft sie Wolfgang Reiprich nicht in seinem Laden Checkpoint-Terraristik. FOTO: PIXABAY

Was passiert, wenn sie ausbüxen?

Gefährlich: Die Haltung exotischer Tiere ist in NRW kaum geregelt. Eine Meldepflicht gibt es nicht immer. Experte Wolfgang Reiprich klärt auf

Von Christian Geisler

■ **Gütersloh.** Manchmal lösen sie nur kurz Panik aus, manchmal führen sie zur Evakuierung eines Mehrfamilienhauses – so wie jüngst in Herne, wo eine giftige Kobra verschunden war und eine große Suchaktion auslöste. Auch in Rietberg im Kreis Gütersloh wollen Anwohner kürzlich in ihrem Garten eine Schlange gesichtet haben. In ihrer Panik alarmierten sie die Polizei – diese konnte das Tier aber nicht ausfindig machen.

Was aber passiert, wenn im Kreisgebiet wirklich einmal ein exotisches Tier ausgebüxt sein sollte? Und wie sieht das mit der Haltung solcher Geschöpfe im Kreis Gütersloh aus? Anders als bei gefährlichen Hunden, ist die Haltung der Tiere in NRW nämlich kaum geregelt, verrät Jan Focken, Sprecher des Kreises Gütersloh auf

Anfrage von nw.de. Lediglich Tiere, die unter den Artenschutz fallen, müssten registriert werden. Er erklärt: „Die meisten Giftschlangen sind nicht artengeschützt, also auch nicht meldepflichtig. Aber auch nicht alle geschützten Arten sind meldepflichtig.“

Für artgeschützte Tiere braucht es keine Sachkunde

Gleiches bestätigt auch Wolfgang Reiprich, Inhaber vom Checkpoint-Terraristik in Gütersloh. „Anders als in vielen anderen Bundesländern ist es in NRW nicht verboten, giftige Tiere zu halten“, erzählt er und ergänzt: „Was das angeht, kocht jedes Land sein eigenes Süppchen.“ Aus diesem Grund verkaufe er in seinem Geschäft an der Münselerlandstraße auch keine gifti-

gen Schlangen. Anders verhalte es sich mit Tieren, die unter Artenschutz stehen – griechische Landschildkröten biete er beispielsweise zum Verkauf an.

Um in dem Laden ein exotisches, artengeschütztes Tier kaufen zu können, genüge es „im Prinzip“ einen Personalausweis vorzuzeigen, sagt der Inhaber. „Potenzielle Käufer müssen grundsätzlich nicht einmal Sachkunde nachweisen.“ Reiprich ergänzt: „Ich stelle meinen Kunden aber fünf Fragen, woran ich erkennen kann, ob sie Ahnung haben.“ Merke er, dass eine korrekte Haltung der Tiere nicht gewährleistet werden kann, verkaufe er nicht.

Dass die Haltung von Schlangen, Schildkröten und Vogelspinnen grundsätzlich mit einem hohen Aufwand verbunden ist, kann Wolfgang Reiprich nicht bestätigen. Jedes einzelne Tier bringe ande-

re Haltungsbedingungen mit sich. „Tiere, die normalerweise in Wüsten beheimatet sind, sollten aber grundsätzlich weniger aufwendig gehalten werden können als Tiere, die in der Natur im Regenwald leben.“ Auch teuer müsse eine Haltung von exotischen Tieren nicht zwingend sein. Die Hürde, beispielsweise giftige oder artengeschützte Schlangen im Kreis Gütersloh zu halten, ist also nicht hoch.

Sollte auch im Kreis Gütersloh einmal ein giftiges oder exotisches Tier ausbüxen, so ist unklar, wer für einen möglichen Schaden aufkommen müsste. Dazu Jan Focken: „Zu theoretisch entstehenden Kosten können wir nichts sagen, über die wird ja auch noch in Herne diskutiert. Die Maßnahmen, die dort eingeleitet worden sind, hat die Kommune veranlasst und das wäre vermutlich auch hier der Fall.“

Gleichwohl könne er sich an keinen Fall in den vergangenen Jahren erinnern, in dem eine Schlange ihrem Halter entwischt ist. „Was häufiger passiert, aber auch länger her ist, sind verwahrloste Tiere, die wir bei offensichtlich überforderten Haltern vorfanden.“

Generell führe der Kreis keine Statistik über die Haltung exotischer Tiere. „Das wäre ein Riesenaufwand ohne hohe Aussagefähigkeit“, so Focken. „Unser Mitarbeiter spricht von 500 Schildkröten oder mehr, bei Riesenschlangen kann die Zahl mehrfach multipliziert werden.“ Bei den Reptilien werden überwiegend nicht giftige Arten gehalten und gezüchtet, darunter verschiedene Würgeschlangen. „Es gab mal Versuche, auch im Kreis einen Handel mit giftigen Tieren zu etablieren, das wurde aber wieder eingestellt“, erzählt Focken.

Radweg Verler Straße: Es bleibt beim Pflaster

Beschlossen: Nachdem die Stadt die Vorzüge aufgezeigt hat, kann die Mehrheit der Fraktionen im Stadtrat die Bedenken von ADFC und Grünen nicht teilen. Außerdem drohe die Gefahr, dass die Stadt Zeit und Zuschüsse verliert

■ **Gütersloh** (ost). An der Ausführung des Radweges entlang der Verler Straße wird sich trotz Kritik von ADFC, Grünen und SPD nichts ändern. Mit Mehrheit lehnten die Fraktionen im Planungsausschuss jegliche Änderung ab. Vertreter der Stadt hatten zuvor klar gemacht, dass die Stadt Gefahr laufe, Förderzuschüsse zu verlieren. Außerdem sei der Radweg keineswegs so schlecht wie von den Kritikern dargestellt.

Der Radweg sei eng mit dem Verkehrsplaner der Bezirksregierung abgestimmt, sagte Alfons Buske, Leiter des Fachbereiches Tiefbau.

Dieser Mann kenne sich aus, er sei früher Fahrradbeauftragter einer Stadt gewesen. Der Auftrag für den Radweg (1.800 Quadratmeter Pflaster) sei vergeben und bepreist. Würden die Pläne nun geändert, handele es sich um einen Nachtragsauftrag, der – den Ge-

setzmäßigkeiten der Baubranche folgend – teurer würde. Außerdem, so Baudezernentin Nina Herrling, liege der Förderbescheid bereits vor – der „Aktionsradius“, etwas zu ändern, sei „sehr beschränkt“.

Die Grünen hatten moniert, der Radweg mit seinem roten Pflaster und dem hochbordigen Verlauf werde „nicht zumutbar“ sein. „Wie oft haben wir schon über ein besseres Alltagsradwegenetz gesprochen, an dieser Stelle wäre es wirklich wichtig“, so Birgit Niemann-Hollatz. Damit der Umstieg vom Auto aufs Rad gelinge, müsse man sich in diesem Fall Zeit für eine Umplanung nehmen. Der Radweg müsse eben verlaufen und asphaltiert sein.

Buske und der städtische Verkehrsplaner Michael Wever wiesen die Kritik zurück. Es werde an den Ausfahrten, kein ständiges Auf und Ab geben, so Wever, der Radweg

bleibe immer auf gleichem Niveau, lediglich in Höhe Markt Thiesbrummel sei das nicht durchzuhalten. Asphalt statt Pflaster zu legen, davon riet Buske dringend ab. Entlang der Straße gebe es viele Hausanschlüsse, insofern sei zu erwarten, dass immer wieder Teile des Weges aufgenommen werden müssten; bei Asphalt sei das mühsamer, und es entstehe auf Dauer ein „Flickenteppich“.

Ärger: Pendler kürzen die Umleitung über die Sundernstraße ab

Buske sagte, es werde ein glattes Pflaster mit 20 bis 30 Zentimeter großen Steinen in Längsrichtung gelegt. Gegenüber früheren Pflasterungen sei der Fugenteil um zwei Drittel reduziert; das führe dazu, dass der Rollwiderstand und der Unterschied zum Asphalt

gering seien. Planungsamtschefin Inga Linzel sagte, die Planung sei keineswegs, wie von den Kritikern behauptet, zehn Jahre alt, sondern aktualisiert worden.

Die Stadt ging auch auf Äußerungen zur Arbeitssicherheit schrieb vor, ausreichend Mindestabstand zu den Arbeitern einzuhalten. Auch arbeite man unter Hochdruck: „Derzeit arbeiten sieben Kolonnen dort, und fünf Bagger sind im Einsatz. Mehr ist an dieser Stelle nicht möglich.“ Aus der Sundernstraße kommt derweil Ärger wegen des stark gestiegenen Verkehrs. Anlieger Dieter Ziegler berichtet, statt über die ausgewiesene Umleitung Carlbertelsmann-Straße nähmen viele Pendler die Abkürzung durch die Sundernstraße. „Ge-

rade morgens und abends ist die Belastung enorm. Autos, Lkws, alles dabei, und viele halten sich nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung.“ Geöffnete Fenster sehe man kaum noch, und der Aufenthalt draußen werde einem verleidet. Ziegler fordert intensivere Kontrollen durch die Behörden.

Über den geplanten Schenke-Markt auf dem Gelände des „Spexarder Kruges“ wurde im Ausschuss nur am Rande gesprochen. Auf Antrag der UWG beschloss das Gremium, dass die Stadt alternativ die Ansiedlung eines Nahversorgers am Hüttenbrink prüft, etwa nahe der Edith-Stein-Schule. Bis auf Norbert Bohlmann (UWG) äußerten sich alle Fraktionen skeptisch, etwa, was die Verfügbarkeit des Grundstückes und die Gefahr zusätzlichen Verkehrs betrifft, aber gegen einen Prüfauftrag spreche nichts.